

tungen lieber angenommen und abgedruckt werden als trodene statistische Angaben, bei denen man nur zu leicht die Absicht merkt. Auf Veranlassung des Börsenvereins versandten wir im Juli d. J. an unsere Mitglieder eine kleine Skizze aus der »Sächs. Schulzeitung«: »Das schrecklich teure Buch«, mit der Empfehlung, für den Abdruck in ihnen nahestehenden Fach- und Lokalzeitungen zu wirken. Es ist uns eine ganze Anzahl Belege zugegangen, und es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß eine solche geschickte Propaganda, von Zeit zu Zeit in anderer, ansprechender Form wiederholt, zur Verbesserung der Stimmung des Publikums beitragen wird.

Weit darüber hinaus muß es aber in Zukunft gelten, nicht nur in der Abwehr irriger Anschauungen vor der Öffentlichkeit zu erscheinen, sondern einen umfassenden **W e r b e f e l d z u g** für das Buch vorzubereiten und durchzuführen. An die Stelle des Streitiges darüber, welchen Anteil der Verlag, welchen das Sortiment am Buchpreise haben soll, muß eine Zusammenfassung der Kräfte zu gemeinsamer Tätigkeit im Dienste des Buchvertriebes treten; nicht in der Erhöhung der Preise oder der Aufschläge, sondern in der restlosen Erfassung der Käufermassen durch alle Mittel moderner Werbetätigkeit, in der Erziehung und Gewinnung neuer Käuferkreise durch systematische Bearbeitung des Publikums bei allen Gelegenheiten, durch immer wiederholten Hinweis auf die im Buche liegenden schöpferischen, bildenden, tröstenden, heilenden Kräfte kann das Heil des Buchhandels in der Zukunft liegen. Neben den vielen Ausschüssen, in denen der Buchhandel heute — und vielfach rein formaler Dinge wegen! — Zeit und Kräfte zersplittert, brauchen wir dringend einen **W e r b e a u s s c h u ß**, dessen Aufgabe es sein muß, alle Möglichkeiten zu erwägen, die zu einer Belebung des Bücherabsatzes führen können, die uns den Weg zu neuen Käufern eröffnen. Es ist hier nicht der Ort, dies näher auszuführen. Sowie aber ist sicher: gelingt es uns, mit einer solchen Propaganda, die sich auch die Erfahrungen des Auslandes zunutze machen müßte, die Absatzbasis des deutschen Buches zu verbreitern, so lösen wir damit zugleich manche der schweren Aufgaben von selbst, die uns jetzt schon sorgenvolle Jahre bereitet haben, vor allem die Frage, ob und wie es möglich sein soll, das deutsche Sortiment zu erhalten. Nur auf dem Wege der Umsatzsteigerung ist dieses Ziel zu erreichen; jedes andere Mittel wird und muß versagen. Die Werbetätigkeit für das Buch hat sich bisher zersplittert; sie hat viele Bücherinteressenten doppelt und dreifach, dafür zahllose andere überhaupt nicht ergriffen. Von den Ortsvereinen gemachte Ansätze gemeinsamer Reklame sind in den Zeiten guten Geschäftsgangs als unnötig wieder eingestellt worden, anstatt erst recht fortgeführt und systematisch ausgebaut zu werden — ausgebaut zu einer Buch- und damit Kulturpropaganda großen Stils, die die Öffentlichkeit mit Achtung vor den Leistungen und der Geschlossenheit des Buchhandels erfüllt hätte.

Anstatt uns diesen wichtigen Aufgaben widmen zu können, haben wir im Berichtsjahre nur allzubald Zeit auf die Kämpfe um die **N o t s t a n d s o r d n u n g**, ihre Beibehaltung oder ihren Abbau, verwenden müssen, ohne trotz aller Bemühungen damit zu einer befriedigenden Lösung gekommen zu sein. Unsere vorjährige Hauptversammlung stand unter dem Eindruck der Mitteilungen über die Marburger Beschlüsse, die ja schließlich ihren Niederschlag in der Notstandsordnung vom 6. Oktober 1920 gefunden haben. Auch heute noch — und heute mehr als je! — steht Ihr Vorstand auf dem Standpunkte, daß es ein schwerer Fehler seitens eines großen Teiles des Sortiments war, dieser Notstandsordnung die Gefolgschaft zu versagen und damit eine Regelung als unannehmbar zu erklären, durch die der Verlag bekundet hatte, daß er sich künftig damit abfinden wolle, daß das Sortiment die Höhe seiner Zuschläge seinem wirtschaftlichen Bedürfnisse anpasse, sofern man nur ihn selbst nicht zur Innehaltung dieser Zuschläge bei direktem Verlaufe verpflichte. In diesem Entgegenkommen lag beinahe schon eine Preisgabe von Grundsätzen, die der Verlag bisher mit allen Mitteln verteidigt hatte. Und trotzdem wollte die Vertretung des Sortiments nicht auf diese Brücke zur Verständigung treten, um dann bald darauf feststellen zu müssen, daß der Verlag, wenigstens die mächtige wissenschaftliche Gruppe, mit dem ihr nahestehenden Teile des Sortiments eine

Vereinbarung anbahnte, bei der die Interessen des allgemeinen Sortiments in den Hintergrund gedrängt werden mußten.

Mit der Notstandsordnung vom Oktober hätte sich bis zur Ostermesse 1921 auskommen lassen; der Widerstand gegen ihre Anerkennung und Durchführung hat dem Sortiment keinen Nutzen, sondern Schaden gebracht, größeren Schaden, als ihn der »Giftpfeil« anrichten konnte und angerichtet hat. Die »f r e i w i l l i g e V e r l e g e r e r k l ä r u n g« hätte nur dann einen befriedigenderen Erfolg haben können, wenn sich der Vorstand auf die allseitige Anerkennung der Notstandsordnung hätte berufen können. Angesichts der Stellungnahme der Gilde sowohl wie der im ganzen mehr ablehnenden Haltung des Vorstandes des Verlegervereins war sie von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Infolge der Beschlüsse einer Anzahl von Kreis- und Ortsvereinen, von denen sich 8 dem Protest der Gilde anschlossen, während 13, wenn auch zum Teil mit Einschränkungen, auf den Boden der Notstandsordnung vom 6. Oktober traten, tobte der Kampf um den Sortimenter-Zeuerungszuschlag weiter. In einer dramatisch bewegten außerordentlichen Hauptversammlung zu Halle am 14. Novbr. 1920 nahm auch unser Verband Stellung zu dieser Frage. In einer Entschließung sprach die Versammlung die Erwartung aus, daß alle buchhändlerischen Organisationen sich für die baldige Wiederherstellung des festen Ladenpreises und für eine dem Wegfall des Sortimenter-Zeuerungszuschlags entsprechende Erhöhung des Verlegerrabatts einsetzen möchten. Dadurch stimmte die außerordentliche Hauptversammlung grundsätzlich den **B e s t r e b u n g e n** des wissenschaftlichen Buchhandels zu, die seit der Marburger Tagung immer mehr und mehr Anhänger gewannen. In ganz anderer, ungleich schwererer Weise als das allgemeine litt das wissenschaftliche Sortiment unter der Verwirrung im Buchhandel. Seine Abnehmer, interessierter am Buchwesen als das große Publikum, dabei den Preissteigerungen der Bücher gegenüber besonders kritisch, vielfach auch in ungünstiger wirtschaftlicher Lage, begannen sich nach Möglichkeiten billigeren Bezugs umzutun. Die drohende Konkurrenz der direkten, von der Besorgungsgebühr freien Lieferung des Verlags, die weitgehende Anwendung des § 26 des Verlagsrechts, der Ausbau der Bücherämter der Studentenschaften — dies alles verstärkte im wissenschaftlichen Sortiment die Neigung zur Rückkehr zum festen Ladenpreis und den Wunsch, mit dem wissenschaftlichen Verlage eine Verständigung zu finden. Die Verhandlungen über das dem Sortiment zu gewährende Äquivalent fanden von Organisation zu Organisation statt, — denn auch das wissenschaftliche Sortiment hatte sich zu einer, wenn auch zunächst nur ziemlich losen Gruppe zusammengefunden, — während der Abschluß der Vereinbarungen von Firma zu Firma erfolgte. Nicht so sehr die vom Verlag vorgeschlagenen Bedingungen, die ziemlich allgemein als entgegenkommend und annehmbar bezeichnet wurden, als vielmehr die in der Abspaltung des wissenschaftlichen Sortiments von der Gesamtvertretung des Sortiments für die letztere liegende Gefahr und die Tatsache, daß bei der vorgeschlagenen Regelung der Verkauf der gleichen Bücher innerhalb derselben Stadt mit oder ohne Zuschlag die durch diese Beschlüsse gewissermaßen sanktionierte Regel werden und daß dieser Zustand zu großen Unzuträglichkeiten führen mußte, daß zunächst auch zu befürchten war, der wissenschaftliche Verlag werde seine Vorzugsbedingungen nur einer unverhältnismäßig kleinen Zahl von Sortimenten einräumen, ließ in weiten Kreisen des Sortiments einen Widerstand gegen den endgültigen Abschluß dieser Vereinbarungen aufkommen, der auch durch die Verhandlungen der außerordentlichen Hauptversammlung des Börsenvereins am 13. Februar nicht zu beseitigen war.

Zimmerhin wurde bei dieser Gelegenheit deutlich, daß Verlag wie Sortiment zu gegenseitigem Entgegenkommen geneigt waren. Da sich die so außerordentlich komplizierte Frage nicht durch die vielföpfige Versammlung selbst lösen ließ, blieb nur die Überweisung an einen Ausschuß übrig. Erreicht wurde in der außerordentlichen Hauptversammlung die allgemeine Anerkennung der Notstandsordnung vom Oktober 1920 seitens des Sortiments, der Verzicht auf das ihm darin gewährte Vorrecht der von der Besorgungsgebühr freien Lieferung seitens des Verlags. Dem Sortiment wurde bei diesen Verhandlungen klar zum Bewußtsein